

Kroatien: Demonstrationen mit ungewissen Folgen

Riegler, Henriette

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Riegler, H. (2011). *Kroatien: Demonstrationen mit ungewissen Folgen*. (Policy Paper / Österreichisches Institut für Internationale Politik). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-417983>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kurzanalyse

April 2011

Kroatien: Demonstrationen mit ungewissen Folgen

Dr. Henriette Riegler

Die größte Überraschung der kroatischen Politik seit der Verhaftung des ehemaligen kroatischen Premiers Ivo Sanaders Anfang Dezember 2010 in Salzburg sind die seit Ende Februar in Zagreb, im Lauf der Zeit aber auch in anderen Teilen Kroatiens stattfindenden Demonstrationen gegen die aktuelle ökonomische und politische Lage und besonders gegen die amtierende Regierung. Den politischen Kontext, in den die Demonstrationen eingebettet sind, bildet jedoch genau der unrühmliche Abschied Ivo Sanaders von der Bühne der kroatischen Politik.

Der Rücktritt Ivo Sanaders – eine Zäsur

Die politische Lage in Kroatien schien sich seit dem überraschenden Abgang von Regierungschef Ivo Sanader im Juli 2009 zunächst wieder beruhigt zu haben. Ganz auf die politische Kontrolle einer Post-Sanader-Ära konzentriert, installierte Sanader nach seinem Rücktritt seine enge Vertraute, die Politikerin und Journalistin Jadranka Kosor¹ als Nachfolgerin im Regierungsamt und auch an der Spitze der HDZ.² Jadranka Kosor war von Sanader in die Regierung geholt worden, wo sie seit 2003 das Amt der Ministerin für Familie, Flüchtlingsrückkehr und Kriegsveteranen bekleidete. Er machte sie damit zumindest formal zur mächtigsten politischen Figur in der kroatischen Politik. Die Fäden zogen aber nach wie vor Sanader selbst sowie die Altherrenriege der HDZ um Vladimir Šeks, den stellvertretenden Parlamentspräsidenten, Andrija Hebrang, den Gesundheitsminister und Luka Bebić, den Parlamentspräsidenten. Die neue Regierungschefin trachtete nach ihrer überraschenden Ernennung einerseits die Kontinuität zur Politik ihres Vorgängers zu wahren, aber auch den immer drängenderen Aufforderungen der EU, mit der Kroatien kurz vor dem Abschluss seiner Beitrittsverhandlungen stand, nach einer glaubhaften Antikorruptionspolitik zu entsprechen. Ein unmöglicher Spagat, wie sich herausstellen sollte.

Insgesamt gab es mehr Untersuchungen der Antikorruptionseinheit USKOK und auch mehr Verfahren vor Gericht als in den letzten Jahren. Dem anfänglich energischen Kampf gegen die Korruption fielen sogar einige amtierende Minister und Parteikollegen wie Wirtschaftsminister Damir Polančec und Verteidigungsminister Berislav Rončević zum Opfer. Während Polančec in dubiose Geschäfte rund um die Privatisierung des kroatischen Energielieferanten INA und eine Beteiligung des ungarischen Partners MOL verwickelt war,³ kaufte Rončević den Fuhrpark des Militärs zu weit überhöhten Preisen an. Je konsequenter jedoch die bislang nur oberflächlich verfolgte Korruption aufgedeckt wurde – sehr oft durch sich Auseinandersetzungen liefernde Clanfraktionen prominenter Politiker der HDZ – desto

¹ Jadranka Kosor, die von Franjo Tuđman in die Politik geholt wurde, war bereits zwischen 1995 und 1997 stellvertretende Parteichefin der HDZ, ein Amt, das sie auch wieder von 2002-2009 innehatte.

² HDZ: Hrvatska demokratska zajednica/Kroatische Demokratische Gemeinschaft.

³ Bislang letztes Opfer dieser Affäre ist Langzeitfinanzminister und Vizeregierungschef Ivan Šuker, der Anfang des Jahres abgelöst wurde.

klarer kam zum Vorschein, dass die Regierung und ihr ehemaliger Chef Sanader die Architekten und eigentlichen Drahtzieher der vollständigen Korrumpierung des öffentlichen Lebens waren.

Die Verhaftung Ivo Sanaders – ein politisches Erdbeben

Der eigentliche Skandal, der das Ansehen der Regierung Kosor und v.a. von Jadranka Kosor selbst gerade auch bei ihren eigenen politischen Gesinnungsgenossen dramatisch schmälerte, war jedoch die Flucht und anschließende Verhaftung des ehemaligen Premiers und starken Mannes der kroatischen Politik, Ivo Sanader. In relativ kurzer Zeit hatte es Sanader als neuer Vorsitzender der HDZ verstanden, seine innerparteilichen Konkurrenten zu verdrängen und sich die HDZ, die eher Sammelbecken verschiedener politischer Strömungen denn klassische Partei war, zur Partei in seinen Diensten zu machen. Sein Erfolg bei den Parlamentswahlen 2003 und die Abwahl der bis dato einzigen Mitte-Links-Regierung eröffnete ihm dann die Möglichkeit auch die nationalen Institutionen des Landes mit seinen Gefolgsleuten zu besetzen und seinen persönlichen politischen und finanziellen Interessen unterzuordnen. Der Fall, der österreichischen Hypo-Alpe-Adria-Bank, der die österreichische Öffentlichkeit am meisten beschäftigt, ist dabei nur einer von vielen.

Die Macht der Straße – Demonstrationen als Mittel der kroatischen Politik

Zunächst ist das eigentlich Verblüffende an den Protesten, dass sie in dieser Form überhaupt stattfinden. Seit der kroatischen Unabhängigkeit 1991 waren Demonstrationen so gut wie nie spontane Unmutsäußerungen, sondern ein genau geplantes und gezielt eingesetztes Mittel herrschender Politik. Mit der Macht der Straße im Rücken wollte man sich als mächtiger und repräsentativer politischer Akteur präsentieren.⁴ Zu einer Reihe von Demonstrationen für und gegen die kroatische Unabhängigkeit kam es bereits während des Zerfalls Jugoslawiens. Später wurden sie entweder von den lange Zeit oppositionellen Post-Kommunisten/Sozialdemokraten und den Gewerkschaften organisiert und waren gegen die Regierungspolitik der HDZ gerichtet. Noch öfter aber wurden sie von den Verbänden der Kriegsveteranen, einem mächtigen Interessensverband und quasi einer Vorfeldorganisation der HDZ, veranstaltet, um die HDZ-Regierungen gegen Kritik in Schutz zu nehmen und Standpunkte zu formulieren, die die Regierung offiziell nicht äußern durfte. So war etwa 2003 der Aufstieg Ivo Sanaders zum kroatischen Premier und das Comeback der HDZ als Regierungspartei selbst nicht unwesentlich durch die Demonstrationen der Veteranen gegen

⁴ Ausnahme von dieser Regel stellen die von den Bauernverbänden organisierten Demonstrationen vor allem im ostkroatischen Slawonien dar, bei denen es in der Regel um die als zu nieder angesehenen Getreidepreise oder die von der jeweiligen Regierung nicht fristgerecht ausgezahlten Subventionen geht.

eine Auslieferung Ante Gotovinas⁵ beeinflusst, der der Mitte-Links-Regierung als nationaler Verrat vorgeworfen wurde.

Auch dieses Mal hatte es zunächst ganz den Anschein, eine aus dem Unabhängigkeitskrieg stammende Problematik wäre der unmittelbare Auslöser der Demonstrationen gewesen. Anfang dieses Jahres wurde der aus Vukovar stammende kroatische Veteran Tihomir Purda bei seinem Grenzübertritt an der bosnisch-herzegowinischen Grenze aufgrund eines von serbischen Behörden erlassenen Haftbefehls festgenommen. Purda und zwei weiteren kroatischen Veteranen wurden darin Kriegsverbrechen in Vukovar vorgeworfen. Der einzige Beweis für den Interpol-Haftbefehl war ein „Geständnis“, welches Purda unter der Folter in einem serbischen Gefangenlager 1991 abgepresst worden war. Die in Zagreb Ende Februar von den Veteranenverbänden organisierten Demonstrationen für eine Freilassung Purdas waren daher für kroatische Verhältnisse wenig überraschend.⁶

Parallel zu diesen Kundgebungen aber rief ein weitgehend unbekannter ehemaliger Aktivist der kroatischen Grünen, Ivan Pernar, über das soziale Netzwerk Facebook – auch das für kroatische Verhältnisse eine Novität – zu einer Demonstration gegen die kroatische Regierung auf.

Die Märzdemonstrationen – Bürgerspaziergänge mit offenem Ende

Diese Demonstrationen waren besonders am Anfang zahlenmäßig relativ unbedeutend, sie zählten jeweils mehrere hundert bis einige tausend TeilnehmerInnen. Diese bildeten einen bunten Querschnitt durch die kroatische Gesellschaft, auch die Motive und politischen Einstellungen der Demonstranten und Demonstrantinnen variierten beträchtlich. Die Demonstrationen hatten einen durchaus anarchistischen Anstrich: es gab keine eigentliche Führung, keine vorgegebene Rednerliste und keine die DemonstrantInnen einenden Parolen. Nach einer von gewaltsamen Episoden gekennzeichneten ersten Demonstration verliefen alle nachfolgenden Proteste friedlich.

Die Demonstrationen, die mehrmals wöchentlich stattfinden, gleichen eher langen Spaziergängen als straff organisierten Manifestationen. Sie dauern oft mehrere Stunden, angepeilte Ziele sind sowohl symbolisch wichtig – die HDZ-Zentrale, der Sabor⁷, Regierungsgebäude, das kroatische Fernsehen etc., des Öfteren werden jedoch nicht zuletzt

⁵ Ante Gotovina und weitere kroatische Generäle müssen sich derzeit vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verantworten, die Urteile gegen sie werden in den nächsten Wochen erwartet. Die Auslieferung der Angeklagten, die als Vaterlandsverteidiger hohes Ansehen genießen, an das Tribunal ist in der kroatischen Öffentlichkeit höchst umstritten.

⁶ Anfang März dieses Jahres wurde Purda von den bosnisch-herzegowinischen Behörden freigelassen. Die serbischen Behörden verzichteten auf eine Auslieferung, weil kein einziger Zeuge Purda belastete.

⁷ das kroatische Parlament.

wegen des starken Polizeiaufgebotes und den zahlreichen Absperrungen auch den Wohnhäusern hochrangiger Politiker „spontane Besuche“ abgestattet. Der Tenor der politischen Kritik richtet sich gegen die kroatische Regierungschefin Kosor und die gesamte Regierung, gefordert wird deren sofortige Ablöse. Darüber hinaus agieren die DemonstrantInnen jedoch politisch diffus und sind sich über die nach einem Regierungsrücktritt einzuschlagende Richtung nicht wirklich im Klaren: Baldige Neuwahlen werden nicht durchgehend gefordert, nicht nur die HDZ, sondern auch die anderen Parteien, insbesondere die SDP, abgelehnt. Eine einheitlichere Vorgangsweise und ein insgesamt höherer Organisationsgrad sind nicht in Sicht. Es deutet einiges darauf hin, dass die Demonstrationen vielleicht auch eine unfreiwillige Schrittmacherfunktion für die etablierten Parteien entwickeln könnten.

Von den Gegnern der Demonstrationen wurde immer deren zahlenmäßig geringer Umfang und ihre fehlende Repräsentativität ins Treffen geführt und damit die schweigende Mehrheit für die eigene Position reklamiert. Hält man sich die neuesten Umfragen vor Augen, stimmt das allerdings nicht. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes *Promocija plus*⁸, die Anfang März durchgeführt wurde, unterstützen 4 von 5 KroatInnen (!) die Demonstrationen, solange sie friedlich sind. Für 47,6% der Befragten sind sie ein legitimer Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit der BürgerInnen, für 31,8% ein Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Regierung und ein Auftrag für baldige Neuwahlen. In der gleichen Umfrage erhält die Regierung Kosor mit 1,88⁹ die schlechteste Bewertung seit der Durchführung derartiger Umfragen im Jahr 2004.

Reaktionen der wichtigsten politischen Akteure

Die Regierung

Zunächst versuchte die unter Druck geratene Regierung die Demonstrationen als eine Verschwörung der Opposition darzustellen. Der Sprecher der Regierung verstieg sich sogar zur Behauptung, die Demonstranten seien von den Sozialdemokraten bezahlt worden. Mittlerweile ist man jetzt bei einer eher vorsichtig neutralen Haltung angelangt. Es gibt sogar Versuche die Demonstranten umarmend zu vereinnahmen. Dahingehend äußerte sich etwa kürzlich der Parlamentspräsident und führende HDZ Politiker Bebić in einem Zeitungsinterview, in dem er betont die Unzufriedenheit der Demonstranten zu verstehen.¹⁰ Premierministerin Kosor hüllt sich ob der Proteste vor allem in Schweigen und nimmt nur

⁸ Das Meinungsforschungsinstitut macht seit 2004 eine monatliche Umfrage (Cro Demoskop), in der die öffentliche Meinung zu wichtigen Ereignissen sowie die Beliebtheit kroatischer Politiker ermittelt wird. Abrufbar unter http://www.promocija-plus.com/javno_mnijenje/index_javno_mnijenje.htm

⁹ entspricht einer 4,12 auf einer 5-teiligen (österreichischen) Notenskala

¹⁰ Jutarnji list, 22.3.2011

äußerst selten direkt zu den Ereignissen Stellung. Von vorgezogenen Neuwahlen¹¹ will sie jedoch nichts wissen und stellt diese als Gefährdung des bevorstehenden Abschlusses der EU-Beitrittsverhandlungen dar. Erst danach sollen Neuwahlen ausgeschrieben werden.¹² Dahinter verbirgt sich ein Spielen auf Zeit um sich bis zum Abschluss des EU-Beitrittsprozesses an der Macht zu halten. Den außenpolitischen Erfolg will man sich dann bei den nächsten Wahlen honorieren lassen. Somit bleibt ein Termin für Neuwahlen vage, steht doch das Datum des Abschlusses der Beitrittsgespräche nicht wirklich fest. Lange war Ende Juni als der magische Zeitpunkt dafür im Gespräch, doch mehren sich die Zweifel, ob Kroatien angesichts noch bestehender Defizite im Bereich der Rechtsprechung und der Privatisierung dieses Datum einhalten können.

Die Opposition

Ist die Haltung der Regierung und ihre Zurückweisung der Forderungen der Demonstranten leicht nachzuvollziehen, so verblüfft die Tatsache, dass die Opposition und dabei in erster Linie die post-kommunistische SDP¹³ sich von den Demonstrationen so schnell wie möglich distanziert und sie nicht zum Ausgangspunkt der eigenen Profilierung genommen hat. Weder hochrangige Parteimitglieder noch lokale Parteiorganisationen nehmen an den Demonstrationen teil. Auch die Gewerkschaften fehlen vollständig. Dies kann nur teilweise mit der verbreiteten parteienkritischen Einstellung der DemonstrantInnen erklärt werden. Eher ist es ein Hinweis auf die passive Haltung der Sozialdemokraten und ihr fehlendes strategisches Konzept zur Eroberung der Regierungsmacht. Zwar fordern Parteichef Zoran Milanović und andere führende Parteimitglieder wie Slavko Linić und Željko Jovanović regelmäßig den Rücktritt der Regierung, doch hat es den Anschein, dass diese Forderungen zum leeren politischen Ritual geworden sind und man selbst nicht (mehr) an eine realistische Chance glaubt, die Machtübernahme aus eigenen Kräften herbeiführen zu können. Auch andere Parteivorsitzende wie etwa Vesna Pusić, die gemeinsam mit Radimir Čačić die links-liberale HNS¹⁴ leitet – sonst immer eine wortgewandte Kritikerin der Regierung – bleiben erstaunlich distanziert, wenn es um eine offene Unterstützung der Demonstrationen ging. Es mag kein Zufall, sondern eine besonders treffende Illustration dieses Zustandes sein, dass gerade in diesen Tagen Vesna Pusić und Luka Bebić (HDZ) einander in einem Zeitungsinterview ihre gegenseitige Wertschätzung ausgedrückt haben.¹⁵ Es hätte keinen besseren Beweis für die Kritik der DemonstrantInnen an der politischen Klasse geben können als das beredete Schweigen ihrer führenden ProtagonistInnen weit über die HDZ

¹¹ Laut Verfassung müssen die nächsten Wahlen im Dezember 2011, spätestens aber im Jänner 2012 stattfinden. Vorgezogene Neuwahlen wären nur möglich, wenn die Regierung zurücktritt oder das Parlament der Regierung das Vertrauen entzieht. Dann schreibt der Präsident Neuwahlen aus.

¹² Glas Istre, 9.3.2011, „Izbori nakon pregovora s EU-om“

¹³ Socijaldemokratska Partija Hrvatske/Sozialdemokratische Partei Kroatiens

¹⁴ Hrvatska Narodna Stranka Liberalni demokrati/Kroatische Volkspartei- Liberaldemokraten

¹⁵ Vgl. Jutarnji List, 22.3.2011

hinaus. Es scheint, dass hier eine politische Klasse über alle Differenzen hinweg ihre eigenen Interessen über die ihres potentiellen Elektors stellt. Genau diese Arroganz der politischen Klasse nehmen die DemonstrantInnen dann wiederum zum Anlass, alle Parteien gleichermaßen zu kritisieren.

Präsident Josipović

Ivo Josipović, seit Februar 2010 kroatischer Präsident, ist seiner proklamierten Rolle als unabhängiges und über der Tagespolitik stehendes Staatsoberhaupt einmal mehr gerecht geworden. Obwohl im Präsidentschaftswahlkampf der offizielle Kandidat der SDP, nimmt er sein Mandat in erster Linie als überparteilicher Präsident wahr. Die Demonstrationen kommentiert er als verständliches Zeichen der Unmut der Bürger und Bürgerinnen mit dem Niedergang der Wirtschaft, der Arbeitslosigkeit und der immensen Korruption und ruft zur Gewaltlosigkeit auf. Im Zuge der Demonstrationen hat er alle Parteien zu Konsultationen einberufen. Er spricht sich deutlich dafür aus, Wahlen vor dem Referendum über den EU-Beitritt abzuhalten, um diese beiden Themen nicht zu vermischen. Dies hat ihm umgehend Vorwürfe der Regierungschefin eingetragen, er würde sich klar auf Seiten der Opposition stellen, worauf Josipović seine Position, er sei ein Präsident der Bürger, einmal mehr deutlich machte.¹⁶

Parteien rechts der HDZ

Die Ereignisse der letzten Wochen können auch als eine Ära des Auseinanderbrechens des rechten Konsenses interpretiert werden. Ivo Sanader – und das ist wahrscheinlich sein größter Verdienst – hat bei seinem Aufstieg an die Spitze der HDZ Kandidaten rechter Strömungen innerhalb der HDZ marginalisiert und während seiner Regierungszeit auch die extremistischen, europafeindlichen Parteien außerhalb der HDZ wie etwa die HSP¹⁷ weitgehend ihres politischen Einflusses beraubt. Die einflussreichen Veteranenverbände wurden durch großzügige Pensionszahlungen an die HDZ-Regierung gebunden und dafür ihre politische Loyalität eingefordert. Sie interpretieren die zögernde Haltung der Regierung gegenüber der neuen Welle serbischer Haftbefehle und das von der EU eingeforderte regionalpolitische Engagement, das Serbien einbinden soll, als einen Verrat nationaler Interessen. Das In-Schach-Halten des rechten Potentials könnte in der Post-Sanader-Phase der HDZ (- Regierung) deshalb der Vergangenheit angehören. Die Demonstration der Veteranen Ende Februar hat einige Hinweise in diese Richtung geliefert. Wie bei den gleichzeitigen Bürgerdemonstrationen sind auch hier zwar noch marginale, aber potentielle neue politische Führungsgestalten aufgetaucht, die versuchen werden, das rechte Spektrum

¹⁶ vgl. <http://danas.net.hr/hrvatska/page/2011/03/09/0878006.html> Josipović će traziti da izbore budu krajem lipnja ?/ Josipović verlangt Wahlen Ende Juni?

¹⁷ Hrvatska Stranka Prava/Kroatische Partei des Rechts

zu einen. Dazu zählt etwa einer der Organisatoren dieser Demonstration, Željko Sačić, ein ehemaliger Angehöriger der Spezialeinheiten oder Petar Janjić-Tromblon, wie Purda ebenfalls ein Veteran aus Vukovar und Häftling eines serbischen Gefangenenlagers.

Die Rolle der Medien

Den Medien kommt in dieser Situation eine große Bedeutung zu. Wie bereits in der Organisation von Demonstrationen in anderen Teilen der Welt wie etwa in Nordafrika spielen die neuen Medien wie das Internet und sozialen Plattformen wie *Facebook* eine große Rolle: Bereits relativ geringe organisatorische Kapazitäten reichen aus, um sich zu spontanen politischen Manifestationen zu verabreden. Der Einfluss der Medien auf die Geschehnisse ist aber auch kritisch kommentiert worden. Konventionelleren Medien wie dem privaten Fernsehen und diversen Printmedien, die die Demonstrationen in großem Stil dokumentieren, ist der Vorwurf gemacht worden, dass die relativ kleinen Demonstrationen aufgrund des gewaltigen Medieninteresses praktisch zu einem von den Medien gesponserten Medienhype geworden sind, hinter dessen attraktiver Form sich wenig Substanz verbirgt.

Dass die Akteure und treibenden Kräfte hinter den Demonstrationen aber durchaus politischen Sachverstand haben, zeigte sich ebenfalls in den Medien. In einer Folge der populären Fernsehdiskussion des kroatischen Fernsehens „Nedjeljom u 2“¹⁸ diskutierten unter der Leitung des Moderators Aleksandar Stanković Ivan Pernar, Željko Sačić und weitere Aktivisten der Demonstrationen und zeigten, dass sie trotz aller politisch-ideologischen Unterschiede die tiefe Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen politischen Umständen und ihren führenden Protagonisten einte.

Ausblick

Wie wird sich die politische Situation in Kroatien bis zu den Wahlen entwickeln und welchen Einfluss werden die Demonstrationen auf diese Entwicklung nehmen? Die Demonstrationen werden wohl weitergehen und ein ständiges Warnsignal für die Parteien sein, in ihren wahlkampfstrategischen Überlegungen nicht die realen und häufig existentiellen Sorgen ihrer Wähler und Wählerinnen zu vergessen. Die zunehmende Verschuldung großer Teile der Bevölkerung, die steigende Arbeitslosigkeit – nach den Angaben des kroatischen Arbeitsamtes erreichte die (registrierte) Arbeitslosigkeit mit 19,6% im Jänner 2011 einen neuen Höhepunkt¹⁹ – und nicht enden wollende Teuerungswellen bei Energie- und Lebensmittelpreisen lassen dies auch höchst notwendig erscheinen.

¹⁸ „Sonntags um 2“

¹⁹ Vgl. Hrvatski zavod za zapošljavanje abrufbar unter <http://www.hzz.hr>

Vielleicht werden sich im Lauf der Zeit bei den DemonstrantInnen konkretere politische Forderungen herauskristallisieren und sich rund um die Organisatoren der Demonstrationen neue politische Gruppierungen entwickeln. Bedingungen für eine sozial-liberale Partei, die aus Unterstützern um den Organisator der Demonstrationen, Ivan Pernar, entstehen könnte, sind vorhanden. Eine weitere Parteiengründung könnte aus dem Reservoir der Kriegsveteranen hervorgehen und dabei vielleicht sogar zu einem Aufbrechen der bis dahin festen Parteigrenzen der HDZ führen und auch andere rechte Parteien einschließen. Vielleicht werden diese Aktivisten aber auch einmal inhärenter Teil des von ihnen so radikal kritisierten etablierten Parteienspektrums werden. Die Demonstrationen und das Legitimitätsvakuum, das die politischen Machinationen Ivo Sanaders hinterlassen haben, haben aber jetzt bereits eines bewirkt: mehr Raum für eine kritische bürgerliche Öffentlichkeit.

Henriette Riegler ist Externe Expertin des oijp und Beraterin für Südosteuropa. Sie lebt und arbeitet derzeit in Zagreb.